

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/7795 –**

### **Rüstungsindustrie in Deutschland**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Seit Jahrzehnten betonen Bundesregierung und Rüstungsunternehmen die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die nationale Sicherheit und den wichtigen Beitrag für die allgemeine Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bzw. für den Erhalt des High-Tech-Standortes Deutschland. Auch im Zuge der derzeitigen Bundeswehrreform hat der Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Sicherheitspolitik betont: „Hierzu benötigen wir eine leistungsfähige und innovative wehrtechnische Industrie. Eigene wehrtechnische Fähigkeiten sind die Voraussetzung, um den europäischen Integrationsprozess mit zu gestalten“ (Rede auf der 8. Handelsblattkonferenz am 25. Oktober 2011, [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)). Um weiterhin leistungsfähig sein zu können, fordert der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) nun angesichts der angekündigten Einschnitte bei einigen der milliardenteuren Rüstungsvorhaben als Ausgleich eine größere Unterstützung bei Rüstungsexportgeschäften.

Abgesehen von der Tatsache, dass die Bundesregierung bereits auf vielen Ebenen die Anbahnung und Durchführung von Rüstungsexporten unterstützt – u. a. durch eine laxen Genehmigungspraxis, durch staatliche Bürgschaften, durch Bereitstellung von Waffensystemen für Werbeveranstaltungen und sogar direktes Engagement auf höchster Ebene, wie z. B. die Bemühungen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des Bundesministers der Verteidigung um den Verkauf von Eurofighter an Indien im Mai 2010 –, ergibt sich damit grundlegend die Frage nach der wirtschaftlichen Relevanz und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Rüstungsproduktion in Deutschland, die eine solche Unterstützung notwendig machen sollen.

#### **Vorbemerkung der Bundesregierung**

Die Rüstungsindustrie (oder auch wehrtechnische Industrie genannt) in Deutschland ist vor allem in den Bereichen von besonderer Bedeutung, in denen die Bundeswehr in national wahrzunehmende Aufgaben und die Aufgabenwahrnehmung in den Bündnissen signifikante und anerkannte Fähigkeiten einbringt.

Zahlreiche Fragen der vorliegenden Kleinen Anfrage beziehen sich auf unternehmens-spezifische Daten (Firmensitz, Umsatz, Beschäftigte, Steuerzahlungen, Forschungsausgaben), zu denen die Bundesregierung über keine umfassenden Informationen verfügt.

Der Begriff der „Rüstungsproduktion“ ist nicht operational definiert, weshalb auch in den amtlichen Statistiken hierzu keine umfassenden Ergebnisse vorliegen. Rüstungsproduktion kann in verschiedenen Wirtschaftszweigen stattfinden und oft können hier Unternehmen mit ziviler bzw. militärischer Produktion nebeneinander auftreten.

Es gibt zwar statistische Erhebungen für Teilbereiche der Rüstungsindustrie, in vielen Fällen unterliegen die Ergebnisse aber der Geheimhaltung, so dass sich auch hier kein vollständiges Bild ergibt. Bei Unternehmensstatistiken – auf denen die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) maßgeblich basiert – ist zudem zu bedenken, dass die hier zugeordneten Unternehmen möglicherweise neben militärischen Gütern auch noch zivile Güter produzieren oder dass Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen auch noch militärische Güter herstellen können, so dass der Gesamtumsatz wenig aussagefähig ist.

Die Bundesregierung nimmt ebenso wie bei anderen Wirtschaftsbereichen keine umfassenden Branchenerhebungen vor.

1. Welche Unternehmen in Deutschland werden von der Bundesregierung zur „wehrtechnischen Industrie“ gezählt?

Die „wehrtechnische Industrie“ ist ein Industriezweig, der eine Vielzahl von Unternehmen aller Größenklassen aus unterschiedlichen Branchen umfasst. Wegen des breiten Leistungsspektrums dieser Unternehmen und fehlender eindeutiger Abgrenzungskriterien ist eine konkrete Benennung nicht möglich.

Im Bundesverband Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) e. V. sind derzeit nach Verbandsangaben rund 90 Unternehmen organisiert.

2. Wie viele bzw. welche Rüstungsgüterproduzierenden Unternehmen haben derzeit ihren Hauptsitz in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen (Frage 1) in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil der im Rüstungsbereich beschäftigten Personen?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

4. Wie hat sich der Umsatz dieser Unternehmen (Frage 1) in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie viel Steuern mussten diese Unternehmen in diesem Zeitraum zahlen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

5. Wie viele bzw. welche Rüstungsgüterproduzierenden Unternehmen mit einem Hauptsitz außerhalb Deutschlands unterhalten Produktionseinrichtungen in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen (Frage 5) in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil der im Rüstungsbereich beschäftigten Personen?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

7. Wie hat sich der Umsatz dieser Unternehmen (Frage 5) in den letzten zehn Jahren entwickelt, und wie viel Steuern mussten diese Unternehmen in diesem Zeitraum zahlen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

8. Wie viele deutsche Unternehmen erzielen gegenwärtig mehr als 50 Prozent ihres Umsatzes durch rüstungsrelevante Produktion (bitte mit Nennung der Unternehmen)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

9. Wie viele deutsche Unternehmen erzielen gegenwärtig zumindest 10 Prozent ihres Umsatzes durch rüstungsrelevante Produktion (bitte mit Nennung der Unternehmen)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie, und aufgrund welcher Kriterien und Untersuchungen ist sie zu diesem Ergebnis gelangt?

Die Rüstungsindustrie gilt im Allgemeinen (sowohl national als auch international) als innovationsstark mit technologischen Ausstrahleffekten für andere Industriesektoren. Somit beeinflusst diese Branche viele andere Sektoren der deutschen Industrie. Eine Quantifizierung ist hier, wie auch hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie, nicht möglich (siehe Vorbemerkung der Bundesregierung).

11. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sie über genügend Informationen verfügt, um unabhängig von den rüstungsproduzierenden Unternehmen und ihren Interessenverbänden die Auswirkungen verteidigungspolitischer Entscheidungen in diesem sensiblen Bereich auf diese Unternehmen bewerten zu können, und
  - a) wenn ja, auf welche regelmäßige Erhebungen und Analysen stützt sich die Bundesregierung bei der Bewertung der realen Situation der deutschen Rüstungsindustrie,
  - b) wenn nicht, auf welche Weise will die Bundesregierung dies korrigieren?

Die Bundesregierung verfügt über aufbereitete Informationen, um die Auswirkungen ihrer sicherheitspolitischen Entscheidungen auf die rüstungsrelevante industrielle Basis in Deutschland im Einzelfall beurteilen zu können. Dazu zählen jährliche Erhebungen und Analysen zur

– Auftragsvergabe der Bundeswehr (Auftragsstatistik Bundeswehr),

- Entwicklung des Wettbewerbs und der Mittelstandseteiligung bei den Aufträgen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (Jahresbericht des Wettbewerbs- und Mittelstandsbeauftragten des BWB),
- Entwicklung des Wettbewerbs und der Beteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen des Bundesamtes für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr (Jahresbericht des Beauftragten für den Wettbewerb und Mittelstand des IT-Amtes) sowie der
- Bericht zur Wehrwissenschaftlichen Forschung.

12. Aufgrund welcher Informationen ist die Bundesregierung in der Antwort auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Bundestagsdrucksache 17/6773) zu der Erkenntnis gelangt, dass die wehrtechnische Industrie in überwiegenderem Maße hochspezialisierte Facharbeitskräfte und Ingenieure beschäftigt und keine Leiharbeiter, und
- a) wie viele Facharbeiter und Ingenieure werden in der wehrtechnischen Industrie beschäftigt,
  - b) wie hoch ist dabei der Anteil der Leiharbeiter?

Der Kernbereich der wehrtechnischen Industrie in Deutschland umfasst ca. 80 000 Beschäftigte. Die Unternehmen in diesem Sektor sind privatwirtschaftlich aufgestellt und müssen sich über Faktoren wie Produktqualität und Innovation auf dem nationalen wie auch internationalen Markt behaupten. Daher ist dieser Sektor seit jeher auf ein hohes Maß an Qualifikation der Mitarbeiter angewiesen und investiert entsprechend auch in diese. Eine Aufschlüsselung nach Festangestellten und Leiharbeitskräften liegt der Bundesregierung nicht vor.

13. Wie viel investieren die in den Fragen 2 und 5 genannten Unternehmen in Deutschland in die Forschung?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

14. Wie viele Beschäftigte sind in den Forschungsbereichen von rüstungsproduzierenden Unternehmen tätig, und wie viele davon beschäftigen sich mit Rüstungsforschung?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

15. Welcher Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben aus dem Verteidigungshaushalt ging in den letzten zehn Jahren an Rüstungsunternehmen mit Hauptsitz in Deutschland (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Beantwortung erfolgt auf Basis der „Auftragsstatistik Bundeswehr“. Im Rahmen der Auftragserfassung des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung sowie des Bundesamtes für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr wird der Hauptsitz eines Unternehmens statis-

tisch nicht hinterlegt. Geschlüsselt wird jeweils nach dem Sitz des Auftragnehmers. Die Auftragsvergabe der vorgenannten Ämter für Forschung/Studien, Entwicklung/Erprobung sowie militärische Beschaffungen stellt sich für die letzten zehn Jahre wie folgt dar:

Vertragsjahr	Vertragswert in T Euro
2002	3 203 659
2003	1 932 125
2004	6 412 699
2005	2 521 791
2006	4 295 132
2007	5 602 362
2008	3 245 042
2009	2 092 628
2010	1 515 092
2011	1 391 519
Summe	32 203 049

Die Verträge internationaler Agenturen sind nicht abgebildet. Die vorgenannten Vertragswerte werden in unterschiedlichen Haushaltsjahren ausgabenwirksam.

16. Welchen Anteil hat die Rüstungsproduktion in Deutschland am Bruttoinlandprodukt (BIP) seit 1998 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Da der Begriff der „Rüstungsproduktion“ nicht operational definiert ist (siehe Vorbemerkung der Bundesregierung), gibt es hierzu lediglich einige vage Anhaltspunkte. Beschränkt man sich z. B. auf den Wirtschaftszweig WZ 2540 „Herstellung von Waffen und Munition“ (WZ = Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008), so wird in der jährlichen Unternehmensstrukturstatistik im Jahr 2009 ein Produktionswert in Höhe von 2,3 Mrd. Euro nachgewiesen und eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 0,9 Mrd. Euro. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (2009: 2 374,5 Mrd. Euro) ergäbe das einen Anteil von 0,1 Prozent bzw. 0,04 Prozent.

Diese Ergebnisse sind für die gesamte „Rüstungsindustrie“ wenig aussagefähig und deshalb ist auch eine Darstellung von Zeitreihen unter diesen Bedingungen nicht sinnvoll.

17. Welchen Anteil haben die genehmigten Rüstungsexporte (inkl. Verbringungen und Ausfuhren) nach Ausfuhrliste Teil 1 A am BIP seit 1998 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Jahr	Anteil der genehmigten Rüstungsexporte am BIP
1998	0,15 %
1999	0,15 %
2000	0,14 %
2001	0,18 %
2002	0,15 %
2003	0,22 %
2004	0,17 %
2005	0,19 %
2006	0,18 %
2007	0,15 %
2008	0,23 %
2009	0,21 %
2010	0,19 %

18. In welchen rüstungsrelevanten Bereichen haben die rüstungsproduzierenden Unternehmen in Deutschland in den letzten zehn Jahren mehr Personal eingestellt?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

19. Wie viele Arbeitsplätze in Deutschland sind direkt abhängig von der Produktion

a) der Eurofighter,

Kampfflugzeug Eurofighter: 20 000 Arbeitsplätze.

b) der Schützenpanzer PUMA,

Schützenpanzer PUMA: 4 000 Arbeitsplätze.

c) des A400 M Transportflugzeugs,

Transportflugzeug A400M: 7 000 Arbeitsplätze.\*

d) der Fregatte 125,

Fregatte F125: 1 100 Arbeitsplätze.

\* Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. sind derzeit rund 7 000 Menschen bei der EADS und deren Zuliefern im Projekt A400M beschäftigt, nach Start der Serienproduktion sichert das Vorhaben 11 000 Arbeitsplätze in Deutschland.

e) des U 212,

2. Los U212A: 840 Arbeitsplätze.

f) des U-Bootes vom Typ Dolphin?

U-Boot vom Typ Dolphin: Angaben liegen nicht vor.

20. Hält die Bundesregierung nach wie vor daran fest, dass gemäß den Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern bei Exporten in Drittstaaten beschäftigungspolitische Gründe keine ausschlaggebende Rolle spielen sollen, und welche Konsequenzen hat dies für die Unterstützungsleistungen der Bundesregierung bei der Suche nach Käufern für den Eurofighter und das Transportflugzeug A 400M?

Die Bundesregierung entscheidet über Rüstungsexporte im Einzelfall nach den Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000 und dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern aus dem Jahr 2008. In den Politischen Grundsätzen heißt es ausdrücklich:

„Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“ (Ziffer III Nr. 2). Die Suche nach Käufern für den Eurofighter und das Transportflugzeug A400 M ist eine unternehmerische Entscheidung. Unter der Voraussetzung einer vorher erteilten Ausfuhrgenehmigung oder einer positiv beschiedenen Voranfrage, bei der stets die Politischen Grundsätze und der Gemeinsame Standpunkt der EU beachtet werden, ist eine politische Flankierung durch die Bundesregierung möglich.

21. Wie viele Arbeitsplätze in Deutschland hängen nach Auffassung der Bundesregierung direkt von Rüstungsexporten ab, und auf Grundlage welcher Erkenntnisse ist die Bundesregierung zu dieser Auffassung gelangt.

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung.

